

## Nato plant Testmobilmachung gen Osten

Im Frühjahr 2020 will die Nato mit einer Testmobilmachung gen Osten den Ernstfall proben. Dies geht aus einem Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums hervor.

Demnach werden die USA und ihre Verbündeten in Europa mit dem Manöver „Defender 2020“ die militärische Infrastruktur, Kommandostrukturen und Nachschubrouten prüfen, die sie im Laufe der vergangenen Jahre in Osteuropa aufgebaut haben. Wie in einem etwaigen heißen Krieg mit Russland werden in der Übung US-Truppen über den Atlantik nach Europa transportiert, um weiter in Richtung auf die russische Grenze vorzudringen.

Die Bundesregierung leistet zu der Maßnahme, die Europa weiter militarisiert und die Spannungen noch stärker anheizt, tatkräftige Beihilfe, indem sie Deutschland gezielt als Dreh- und Angelpunkt der Kriegslogistik positioniert.

*„Nie wieder Krieg“ - eines der weltweit bekanntesten und eindrucksvollsten Plakate von Käthe Kollwitz. Das Plakat entsteht im Auftrag der Sozialistischen Arbeiter-Jugend anlässlich des Mitteldeutschen Jugendtages in Leipzig am 2.-4. August 1924.*

*Dort wird es am 3. August 1924 - genau 10 Jahre nach der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich - bei einer Kundgebung auf dem Augustusplatz in Leipzig verwendet. Bei dieser soll nicht nur an die „schauderhaften Erlebnisse der blutigen Kriegsjahre“ erinnert, sondern auch die Stimme erhoben werden zur Verhinderung weiterer Kriege.*

Käthe Kollwitz Museum Köln

Auf die strategische Rolle als Logistik- und Kommandozentrale im Hinterland sucht die Bundesregierung einen weiteren internationalen Machtzuwachs zu stützen.

Für die USA wird „Defender 2020“ die größte Militärübung in Europa seit 25 Jahren.

### Die Bundesregierung will bei der Nato für 2020 einen Wehretat von 50 Milliarden Euro anmelden

Dem „Verteidigungshaushalt“ der Bundeswehr sollen für das Jahr 2020 50,36 Milliarden Euro zu Verfügung stehen, meldete die „Deutsche Presseagentur“ unter Berufung auf Nato-Kreise in Brüssel. Das ist eine Steigerung von etwa 6,4 Prozent zu den Verteidigungsausgaben 2019 und entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,38 Prozent.

Fortsetzung Seite 2



### Massenstimmung

Massenstimmung, davor haben die Regierenden Angst.

„Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift“, meinte Karl Marx.

Rezepte gegen eine Massenstimmung, die die Eigentumsverhältnisse ändern will, haben die Herrschenden viele. Ganz oben steht „Antikommunismus“.

Thomas Mann meinte dazu: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche“. Diese Grundtorheit verhindert klares Denken und vernünftiges Handeln.

Vor allem für CDU, AfD und andere Parteien - auch in unserer Stadt - ist „Antikommunismus“ ein Werkzeug, um eine kapitalkritische Stimmung zu verhindern. Sorgen wir dafür, dass eine Friedenspolitik mit Abrüstungsinitiativen und Antifaschismus an Boden gewinnt.

Setzen wir uns dafür ein, dass im nächsten Jahr soziale Politik und Umweltschutz „Massenstimmung“ wird.

Wir werden nicht resignieren.

Mutter Courage von Bertolt Brecht erklärt ihre Hoffnung:

„Es kommt der Tag, da wird sich wenden

Das Blatt für uns, er ist nicht fern.

Da werden wir, das Volk, beenden  
Den großen Krieg der großen Herrn.

Die Händler, mit all ihren Bütteln  
Und ihrem Kriegs- und Totentanz  
Sie wird auf ewig von sich schütteln  
Die neue Welt des g'meinen Manns.

Es wird der Tag, doch wann er wird,  
Hängt ab von mein und deinem Tun.  
Drum wer mit uns noch nicht  
marschiert,

Der mach' sich auf die Socken nun.“

Fortsetzung von Seite 1

Erst im Mai hatte die Bundesregierung verkündete, dass der Rüstungsetat für das laufende Jahr um 10 Prozent auf 47,32 Milliarden Euro und einen BIP-Anteil von 1,35 Prozent steigt. 2018 lag die Quote bei 1,23 Prozentpunkten.

### **Von 2014 bis 2019 sind die Rüstungsausgaben um fast ein Drittel gestiegen.**

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hat sich seit ihrem Amtsantritt mehrfach zu deutlich höheren Verteidigungsausgaben bekannt, auf die die US-Regierung unter Präsident Donald Trump drängt. Bis 2024 wolle die Bundesregierung Verteidigungsausgaben in Höhe von 1,5 Prozent des BIP erreichen, bis 2031 dann das 2-Prozent-Ziel der NATO, sagte Kramp-Karrenbauer.

Das deutsche Kapital fährt bei der Durchsetzung seiner Interessen mehrgleisig. Im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU, installierten

### **Was hat diese Seite mit Kommunalpolitik zu tun?**

Die Kommunen haben kein Geld, man denkt an Grundsteuer-B-Erhöhlungen und Schwimmbad-schließung.

Wann reiht sich die SPD/Freie Wähler/FDP-Koalition in unserem Rathaus ein, wenn es um Friedenspolitik und Abrüstung geht?

Deutschland und Frankreich das Militärbündnis „PESCO“ und ließen den EU-Mitgliedstaaten die Wahl, beizutreten oder jeglichen Einfluss auf die EU-Militärpolitik zu verlieren.

Anlässlich der Unterzeichnung des „Aachener-Vertrages“ untermauerten Frankreich und Deutschland im Januar ihre Führungsrolle in EU-Militärfragen. „Deutschland und Frankreich gehen in der Verteidigungspolitik in Europa voran“, sagte die damalige deutsche Verteidigungsministerin und heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Auch

das treibt die Rüstungsausgaben in die Höhe.

Für „PESCO“ verlangen Deutschland und Frankreich sich und den anderen Mitgliedern zukünftig 20 Prozent des Verteidigungshaushalts ab. Im Mittelpunkt stehen der Kampfpanzer „MGCS“ mit einem geschätzten Auftragsvolumen von bis zu 100 Milliarden Euro und das Kampfflugzeug „FCAS“ mit bis zu 500 Milliarden Euro, die nach PESCO-Vorgaben nur von Rüstungskonzernen aus der EU hergestellt werden dürfen.

Vor kurzem übten beispielsweise Bundeswehrsoldaten zusammen mit US-Truppen im Rahmen der NATO-Militärübung „Steadfast Noon“ den Atomkrieg über Deutschland. Trainiert wurde die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit zwischen den europäischen Militärs und der in Europa stationierten US-Air Force. Daran beteiligt waren die Bundeswehrstandorte Büchel und Nörvenich.

### **... und in der Eifel liegen die Atombomben der Amerikaner**

In Büchel lagern aktuell bis zu 20 Atombomben des Typs B61 und das dort stationierte „Taktische Luftwaffengeschwader 33“ der Bundeswehr soll die Bomben im Atomkriegsfall im Rahmen der Nuklearen Teilhabe ins Ziel bringen. Käme es dazu, würden Millionen Menschen sterben und kein Stein bliebe auf dem anderen. Es ist skandalös, dass die Bevölkerung darüber nicht informiert wird. Wir wissen zum Beispiel nicht, ob die Bücheler Atombomben während der Übung über der Eifel herumgeflogen wurden, sagt die Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag, Kathrin Vogler.

Unsere Stadt hat sich auf Antrag der DKP/LL (mit Stimmen der SPD und der Grünen) zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklärt.

Gerade auch deshalb - es ist Zeit zum Handeln:

### **Runter mit der Rüstung**

### **Keine Stationierung der US-Atomsprengeköpfe**

### **Macht unser Land „Atomwaffenfrei“!**



### **Es war einmal eine Friedenspartei**

Cem Özdemir und Tobias Lindner bei der Bundeswehr. Das passt auf die Seite, auf der es um Rüstung und Krieg geht. „Wir haben Panzer von innen gesehen, einen Marder, einen Puma und einen Leopard II. Und auch Waffen wie das Sturmgewehr G36 oder ein Maschinengewehr in den Händen gehalten. ... Ein tolles Programm, nur zu empfehlen“, meinte Özdemir.

Es wurde gespottet, „halten die Leopardpanzer eigentlich die Grenzwerte ein?“ oder „liebe militärraffine Kollegen von den Grünen, eine Studie der Brown University zeigt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß allein des US-Militärs 2017 größer war als der ganzer Industriestaaten“.

Vor zwanzig Jahren: NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Fischer und seine

Mitstreiter bekommen eine Mehrheit. Dagegen stimmen unter anderem Claudia Roth und Hans-Christian Ströbele.

20 Jahre später haben sie erneut eine Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld abgehalten und sind kaum wiederzuerkennen. In der Zwischenzeit haben die Grünen in der einstigen Bundesregierung mit der SPD auch den Kriegseinsatz in Afghanistan sowie in der Folgezeit diverse weitere Einsätze der Bundeswehr unterstützt. Die mit großer Mehrheit in Bielefeld wiedergewählte Parteichefin Annalena Baerbock warb auf der Bühne „perspektivisch“ für eine „europäische Armee“. In einer Passage zum neuen Programm heißt es, dass die Entsendung der Bundeswehr in militärische Einsätze „für uns unverrückbar die Ultima Ratio der Sicherheitspolitik“ ist. Vor zwanzig Jahren sind Grüne deswegen aus der Partei ausgetreten. Auch in unserer Stadt. Mal sehen, wohin sich das entwickelt.

# Der „blickpunkt“ hatte Geburtstag

Der „blickpunkt“ erscheint seit 50 Jahren. Wir haben es mit vielen Veranstaltungen und Veröffentlichungen bekannt gemacht.

In Mörfelden hat sich die DKP am 29. September 1968 gegründet. Im November 1969 erscheint der erste „blickpunkt“. In der ersten Veröffentlichung der DKP: „Die NPD darf nicht durchkommen. Es darf kein zweites 1933 geben!“ Dieser Erkenntnis sind wir treu geblieben.

Der „blickpunkt“ erscheint monatlich - Auflage 15.000. Er wird von über 30 Genossen und Freunden verteilt.

Der „blickpunkt“ ist die außerparlamentarische Begleitung der DKP/

Linke Liste in Mörfelden-Walldorf. Wer sich die Ausgaben ansieht ([www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)), wird feststellen: die DKP und ihr „blickpunkt“ war und ist dabei, wenn es um den Frieden, gegen Sozialabbau und Umweltzerstörung geht. Es gab und gibt kaum eine Demonstration gegen den Flughafenausbau, keine antifaschistische Kundgebung ohne die DKP und ihre Zeitung. Seit vielen Jahren haben wir die Seite 7 dem Kampf gegen den ständigen Flughafenausbau gewidmet. Wir waren bei allen Ostermärschen dabei, protestierten mit den Tausenden vor der US-Air-Base gegen den Irak-Krieg. Wir halfen beim großen Opel-Streik,

sammelten für die Streikkasse. Die „Internationale Solidarität“ hat einen großen Stellenwert. Wir haben in Mörfelden Aktionen für Nelson Mandela gemacht, da hatten die westlichen Medien Mandela noch gar nicht entdeckt. Man kann es im „blickpunkt“ nachlesen.

Für uns ist der „blickpunkt“ ein wichtiges Stück politischer Arbeit, die darauf ausgerichtet ist, die politischen Verhältnisse zu verändern. Dazu braucht es einen langen Atem und manchmal auch ein Geburtstagsfest, auf dem man sich auch einmal gemeinsam freuen kann über den „blickpunkt“ - der monatlich erscheint.

*50 Jahre „blickpunkt“ mit vielen Veranstaltungen. Eine Fotoausstellung in der Hofgalerie, ein Konzert mit der Gruppe „Folkcorn“, aus unserer Partnerstadt Wageningen, ein Rundgang zu den Gedenkstätten der politisch Verfolgten im Faschismus und die Geburtstagsfeier im Bürgerhaus.*

*Unser neues Buch „Geschichte und Geschichten“ wurde vorgestellt und ist bereits fast vollständig verkauft.*

*Für unsere Gruppe, das Redaktionsteam vom „blickpunkt“ und unsere Freunde waren es anstrengende Tage mit vielen Gesprächen, mit alten und neuen Kontakten. Erfreulich war die außerordentlich gute Begleitung der Veranstaltungsreihe durch die regionale Presse.*

**50 Jahre  
blick  
punkt**



# Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt!

Bei den Veranstaltungen „50 Jahren blickpunkt“ haben wir viel mit den Leuten geredet. Wir spürten dabei, es gibt gerade Veränderungen. Viele wollen sich einfach nicht mehr alles gefallen lassen, was da ein Kämmerer von oben herab ins Gespräch bringt.

Wir schreiben darüber. Die Ideen, die Grundsteuer B auf einen Spitzenwert zu bringen und die Schwimmbadschließungspläne sind ja nicht die einzigen Versuche, den Menschen in die Taschen zu greifen. In Umlauf kam aus dem Rathaus eine „Liste des Grauens“. Hier hat man zahlreiche Möglichkeiten zum Kürzen aufgelistet. Man kann sich diese Liste besorgen und nur noch den Kopf schütteln. Natürlich ist auf der Liste viel „Pipifax“, man denkt wohl, „Kleinvieh macht auch Mist“. Natürlich - vieles wird nicht durchkommen, manche Koalitionspartner der neoliberalen\*) Ziegler-Fraktion haben schon „Muffensausen“. Feststellen kann man: Wenn die Menschen erst wissen, was da passiert, dann wehren sie sich auch - und das ist richtig. Manchmal sagten uns Gesprächspartner: „Wäre er doch ‚Bänker‘ geblieben“, gemeint war der Kämmerer, der einst antrat mit der Forderung: Wir brauchen keinen Ersten Stadtrat. Man hat es nicht vergessen.

## \* neoliberal

*Heute versteht man den Neoliberalismus als Rückbesinnung auf den alten Liberalismus (Raubtierkapitalismus). Neoliberal steht als Abwendung von der sozialen Marktwirtschaft. Der Staat gibt dem Kapital wieder die Zügel in die Hand, er betreibt und propagiert Lohn- und Sozialabbau.*

## Altersüberschuldung steigt dramatisch an

Die Altersarmut in Deutschland steigt. Die Zahl der überschuldeten Verbraucher im Alter ab 70 Jahren ist innerhalb von nur zwölf Monaten um 44,9 Prozent gestiegen - auf rund 380.000.

Seit 2013 habe sich die Zahl der überschuldeten Senioren sogar um 243 Prozent erhöht. Und auch bei den 60 bis 69 Jahre alten Verbrauchern kämen immer mehr nicht mehr mit ihrem Geld zurecht.

Die Gründe für die wachsende Altersarmut sind nach Einschätzung der Experten vielfältig. Einerseits machten sich hier die Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte bemerkbar, die fast durchweg auf eine Kürzung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente abgezielt hätten, heißt es im Schuldneratlas. Außerdem wirkten sich die wachsende Zahl unsteter Erwerbsbiografien und das

Anwachsen des Niedriglohnssektors aus. Auch der zum Teil dramatische Anstieg der Mietenspiele eine Rolle. Bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern gebe es einen stabilen „Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung“, heißt es im Schuldneratlas.

## Armut, Gewalt, Vernachlässigung

Das Statistische Bundesamt: Kindern droht Armut, Gewalt, Vernachlässigung. In Deutschland sind immer mehr Kinder und Jugendliche bedroht. Der Kinderschutzbund fordert einen Bewusstseinswandel der ganzen Gesellschaft.

In Deutschland sind mehr Kinder und Jugendliche von Gewalt oder Vernachlässigung bedroht. Laut der Zahlen stellten die Jugendämter 2018 bei rund 50.400 Kinder und Jugendlichen diesbezüglich eine Kindeswohlgefährdung fest, das sind zehn Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Deutsche Kinderschutzbund fordert, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.

Einen leichten Rückgang verzeichnete die Statistik im Bereich Kinderarmut. Der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Minderjährigen ging von 18 Prozent auf 17,3 Prozent zurück.

Drei Millionen Kinder erhalten Sozialleistungen zur Sicherung des Existenzminimums.

Es ist ein enormes Armutszeugnis, dass wir angesichts des Reichtums in Deutschland in diesem Ausmaß mit Kinderarmut, Gewalt und Vernachlässigung zu tun haben.

Kinder in Deutschland sind deutlich häufiger von Armut betroffen als Erwachsene. In allen 16 Bundesländern übersteigt die Armutsquote bei Kindern jene der Erwachsenen, heißt es in einer vorgelegten aktuellen Auswertung des Deutschen Kinderhilfswerks. Dabei gebe es große regionale Unterschiede: In der Hälfte der Länder stieg die Kinderarmut in den vergangenen zehn Jahren stärker als die der Erwachsenen.

**Wer uns helfen will beim Verteilen dieser Zeitung, wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will, kann sich gerne melden.**

**Infos:  
RudiH@dkp-mw.de  
www.dkp-mw.de**



## Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend fordert: 10-Punkte-Programm für eine soziale Energiewende

### Keine CO2-Steuer

Die Klimawende muss sozial gerecht sein. Die reichsten 10% der Welt sind für 90% der Emissionen verantwortlich. Die Reichen müssen zahlen, die Armen müssen finanziell entlastet werden.

### Die großen Umweltverschmutzer müssen zahlen

Die Top-CO2-Produzenten in Deutschland sind: RWE, Heidelberg-Cement, E.ON, Lufthansa und BASF. Wir brauchen eine Klimasteuer zugunsten des Klimainvestitionsfonds und eine gesetzlich vorgeschriebene Reduzierung der Emissionen um 60% bis 2030.

### Energie ist ein Recht, kein Luxus

Wir senken die Mehrwertsteuer auf Gas und Strom von 19% auf 6%. Zusätzlich muss es einen staatlich geregelten, vergünstigten Energietarif für Privathaushalte geben.

### Wenn das Klima eine Bank wäre...

hätte man es längst gerettet. Als die Bankenkrise ausbrach, gab es plötzlich Dutzende von Milliarden, um die Profite der Bankern zu retten. Die Banken müssen diese Milliarden zurückzahlen. Das Geld geht in einen Klimainvestitionsfonds, der von der Regierung mit 20 Milliarden Euro jährlich für einen sozialen und ökologischen Umbau verwendet wird.

### Klimawende geht nur sozial

Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten, Umbau der umwelt-

schädlichen Unternehmen, bezahlte Fortbildungen und Umschulungen statt Lohnsenkungen.

### Masterplan Isolierung Gut für das Klima – aber nicht auf Kosten der Mieter!

Wärmedämmung wird verpflichtend, bezahlen müssen allerdings die großen Immobilienunternehmen Deutsche Wohnen & Co.

Ein Klimarat aus Umweltverbänden, FFF und Gewerkschaften überwacht die Klimapolitik und den Klimainvestitionsfonds. Seine Vorschläge sind bindend für die Bundesregierung.

### Klima statt Krieg Abrüsten statt Aufrüsten.

Statt Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% des BIP, stecken wir die 45 Milliarden lieber in den Klimainvestitionsfonds.

### Power to the People

Die Energieriesen RWE, E.ON und EnBW sind die größten Bremser bei der Energiewende.

Wir brauchen ein öffentliches und demokratisch kontrolliertes Energieunternehmen, um schnell große Investitionen in erneuerbare und bezahlbare Energien zu tätigen.

### Alle gemeinsam statt jeder für sich!

Mit dem Klimainvestitionsfonds finanzieren wir einen kostenlosen ÖPNV und billige Bahntickets. Zug, Straßenbahn, Bus, U-Bahn und Fahrrad müssen überall Vorrang bekommen.

Das ist nicht nur klimafreundlicher, sondern auch entspannter ohne nervige Staus, Parkplatzsuche und Co. Keine Privatisierung der Bahn!





Demonstration am Dalles für die Schwimmbadöffnung im nächsten Jahr.

## Wie man ein Schwimmbad „kalt“ schließt

Der Vorschlag, das Schwimmbad für zwei Saisons (2020/2021) zu schließen, um das Defizit einzusparen, wurde vom Magistrat abgelehnt. Das war nicht nach dem Geschmack des Kämmerers Burkhard Ziegler.

Aber nachdem er eingesehen hatte, dass er so nicht an seine ersehnte Schließung kommt, hat er sich auf einen „Sabotageakt“ verlegt (anders kann man es beim besten Willen nicht nennen).

Im Schwimmbad muss nämlich unbedingt die Heizanlage (Kessel) erneuert werden. Das Ding ist 30 Jahre alt und durch und durch marode. Diese „Sanierung der Wärmeenergieerzeugung für die Beckenbeheizung und Effizienzsteigerung durch Beckenabdeckung und übergeordnete Prozesssteuerung“ würde die Stadt - abzüglich Landeszuschüsse - ca. € 130.000,- kosten, die auch im Haushalt vorgesehen sind.

Aber nur wenn man die notwendige Ausschreibung JETZT macht, kann die Anlage rechtzeitig zur Eröffnung der Badesaison 2020 fertig sein.

Ziegler lehnt nun den Vorschlag ab, diese Sanierung sofort anzustoßen. Begründung: Er will mit dem Beschluss warten, bis das Landes-Geld nicht nur zugesagt, sondern tatsächlich überwiesen ist. Damit würde die Sanierung erst in den nächsten Haushalt 2020/2021 eingestellt werden können.

Bürgermeister Thomas Winkler hat dann in der Stadtverordnetenversammlung den offiziellen Antrag gestellt, die Ausschreibung trotzdem schon im Dezember zu starten. Das wurde mit der

komfortablen Mehrheit der Koalition aus SPD, FW und FDP abgeschmettert. Damit kann die Ausschreibung frühestens im Januar gestartet werden. Bis zur Auftragsvergabe und der Aufnahme der Bauarbeiten vergeht dann so viel Zeit, dass die Anlage erst viele Wochen nach Eröffnung der Badesaison fertig gestellt sein kann.

Das heißt, dass das Schwimmbad auch dann, wenn seine „Einspar-Schließung“ nicht beschlossen wurde, zumindest einen Teil des Sommers 2020 zu bleiben muss. Zumindest aber wird das Wasser so kalt sein, dass viele ältere Menschen mit Gelenkproblemen auf das Schwimmen verzichten müssen.

Damit hätte Burkhard Ziegler die Schließung des Schwimmbades für eine Saison buchstäblich auf „kaltem Wege“ erreicht. SPD, FW und FDP behaupten natürlich, das sei nicht so. Die Anlage würde auch so bestimmt bis zum Saisonbeginn fertig, schlimmstenfalls „einige Wochen“ später. Aber Fachleutewissen, dass das nicht funktioniert.

Ganz klar stand hier das Motiv im Vordergrund, dem ungeliebten grünen Bürgermeister „eins reinzuwürgen“ - auf Kosten der Einwohner, die wahrscheinlich einen großen Teil der Badesaison 2020 auf ihr Schwimmbad verzichten müssen.

Die DKP/Linke Liste hat den Antrag des Bürgermeisters unterstützt. Sie unterstützt auch alle Initiativen gegen eine - auch nur zeitweise - Schließung unseres Schwimmbads.

### Wir fordern:

**Die Heiztechnik ohne Verzögerung erneuern**  
**Die Schwimmbadsaison 2020 pünktlich eröffnen !**

## KOMMUNALES

### Mehrgenerationenspielplatz für Mörfelden-Walldorf

Die Fraktion der DKP/LL hat einen Prüfantrag gestellt, in dem es u.a. heißt:

„Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten, welche bestehenden Spielplätze es in unserer Stadt gibt, die in einen Mehrgenerationenspielplatz/Generationenpark umgestaltet werden könnten;

- welche Spielplätze, die in der kommenden Zeit ohnehin erneuert werden müssen, für ein solches Projekt geeignet sind;

- ob es insbesondere in dem Gebiet Mörfelden Nordwest (Projekt Soziale Stadt) oder im angrenzenden Wohngebiet geeignete Flächen gibt, um einen solchen Spielplatz einzurichten - ein solches Projekt könnte sicherlich das Zusammenwachsen der Nachbarschaft positiv fördern und unterstützen;

- inwieweit bei künftig neu zu planenden Spielplätzen diese als Mehrgenerationenspielplatz angelegt werden können.“

Aus der Begründung:

Mehrgenerationenprojekte und -aktivitäten sind in den letzten Jahren immer stärker in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Solche Projekte sind offene Begegnungsorte für Menschen jeden Alters, mit unterschiedlicher Herkunft oder kulturellem Hintergrund und setzen häufig zukunftsweisende Impulse.

**Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir zum 50. „blickpunkt“-Geburtstag erhalten haben!**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:  
 Kreissparkasse GG  
 IBAN  
 DE37508525530009003419**

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

## Wahnsinn Christmas Shopping in New York

*Was für tolle Meldungen!  
hr3 fliegt nicht für drei Tage zum Shoppen nach New York.  
Gerade hieß es im Radio, dass 55% dagegen gestimmt haben.  
Die Moderatorin, die mitgeflogen wäre, hätte angefangen zu weinen, hieß es.*

Natürlich wissen wir, aus unserer Stadt arbeiten 1400 Menschen bei der Fraport AG. Trotzdem müssen folgende Zeilen geschrieben werden.

Wir befinden uns mitten in einer Klimakrise und Flugreisen haben einen beträchtlichen Anteil am Treibhauseffekt. Das Flugzeug ist das mit Abstand schlechteste Verkehrsmittel, wenn es um die Umwelt geht.

Der Effekt aufs Klima ist größer als Fluglinien zugeben wollen. Auch die viel gelobten CO<sub>2</sub>-Kompensationen

können den Schaden nicht ausgleichen. Die Flugreisen sind absolute Klimakiller. Ein Hin- und Rückflug von Frankfurt nach New York verursacht im Schnitt 2.521 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Person. Das klimaverträgliche CO<sub>2</sub>-Jahresbudget liegt bei nur 2.300 Kilogramm pro Person. Für eine einzige Reise nach New York wird also mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen, als eine Person im Jahr ausstoßen sollte. Die Airlines spielen die Belastung des Flugverkehrs für die Umwelt gerne herunter und verweisen darauf, dass Fliegen nicht einmal drei Prozent der weltweiten Emissionen ausmacht. Wissenschaftler sagen aber, dass man die Menge der klimaschädlichen Gase durch Flugzeuge in den Statistiken mindestens verdreifachen müsste. Durch den Ausstoß in hohen Luftschichten wirken sich die Emissionen von Flugzeugen deutlich stärker auf die Erderwärmung aus, als jene, die am Boden freigesetzt werden.

Auch andere Substanzen, die bei der

Verbrennung von Kerosin entstehen, wie Stickoxide, Aerosole und Wasserdampf tragen zur Erwärmung der Erdatmosphäre bei. Diese Stoffe wirken sich in luftiger Höhe stärker aus, als am Boden und vergrößern den Treibhauseffekt.

Und noch etwas: Die Atmosphäre gehört allen Erdenbürgern zu gleichen Teilen. Ein großer Teil der Menschheit (mehr als 80%) ist noch nie geflogen. Eine global betrachtet winzige, „fliegende Klasse“ hat nicht das Recht, das Klima so sehr zu verändern, dass es alle in Mitleidenschaft zieht, die auf der Erde leben oder nach uns noch hier leben wollen. Außerdem: Der Hessische Rundfunk ist fest mit der Fraport „verbandelt“. Ständige Werbefilme von „unserem“ Flughafen und vom Neubau des Billigfliegerterminals belegen es.

Man sollte sich dafür interessieren, wieviel für die ständige Werbung dort ausgegeben wird. Sie bezahlt auch der Steuerzahler.



Unser Buch  
„Geschichte und Geschichten“  
gibt es in der Buchhandlung  
Giebel (Walldorf) und im  
„Merfeller Shop“ für 10 Euro.

Natürlich haben die Aktiven  
der DKP vor Ort ebenfalls  
Bücher zum Verkauf.

**Ein schönes  
Weihnachtsgeschenk!**

*Wir wünschen allen unseren Leserinnen  
und Lesern frohe Festtage und  
einen guten Start ins neue Jahr.*

*Wir wünschen Gesundheit  
und Frieden  
für das Jahr 2020.*

*DKP  
Mörfelden-Walldorf und  
die „blickpunkt“-Redaktion*

Unsere Jahresendfeier  
ist am Mittwoch, 18. Dezember 2019  
ab 19 Uhr im KuBa.  
Gäste sind herzlich willkommen.





*„Wie Sie hier sehen, sehen Sie nichts“. Im November 2019 hatten die DKP und der „blickpunkt“ zu einem Rundgang zu Gedenkstätten in beiden Stadtteilen eingeladen. Besucht wurde auch ein Ort, der ein Gedenkort sein müßte, aber keiner ist: Onkel Toms Hütte. Hier wurde Erich Notzon 1938 von der Hotel A.G. Frankfurt als Verwalter des von den Nazis enteigneten von Weinberg'schen Landgutes eingestellt. Auf dem Gut gab es ab 1940 Zwangsarbeiter, vor allem aus Russland und der Ukraine. Da Erich Notzon „an der Quelle saß“, gab es besseres Essen, auch für Zwangsarbeiter der benachbarten Einsatzstellen Hochtief und Forstverwaltung. Familien konnten zusammenbleiben. Die Ukrainerin Olga Schwez brachte dort sogar ein Kind zur Welt, Ludmila Schwez. Erich Notzon wurde 1942 festgenommen und vom Sondergericht Frankfurt wegen „Verbreitens von Greuelpropaganda“ zu Zuchthaus verurteilt. Er kam als „Arbeitshäftling“ nach Ludwigsburg, wo er lebensgefährliche Arbeiten wie z.B. das Entschärfen von Blindgängern verrichten musste. Am 21.4.1945 wurde er von den Alliierten Streitkräften befreit. 1947/1948 erwarb Erich Notzon das Landgut Walldorf. Er eröffnete im Landhaus die „Chicken-Bar“, die in den 1950ern einen legendären Ruf hatte und illustre Gäste begrüßen konnte. 1965 gab „Hähnchen-Erich“ das Geschäft auf. Danach wurde es als „Onkel Toms Hütte“ von der American Legion genutzt. Das geschichtsträchtige Herrenhaus hatte aber bei der Stadtverwaltung keine Chance auf Denkmalschutz. Der heutige Besitzer, die Gesipa, ließ es im Jahr 2003 abreißen.*

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

# KuBa



### Cocktailabend „Merry Christmas“

Freitag, 6. Dezember - 20 Uhr.  
Eintritt frei

### Konzert: The Fabulous Flying Kerschgass Brothers

Samstag, 7. Dezember - 20 Uhr.  
Eintritt: € 10,-/€ 8,-  
VVK im KuBa, Merfeller Shop und  
Buchhandlung Giebel

### 3. Hobby-Skat-Turnier

Samstag, 14. Dezember - 13:30 Uhr  
Startgebühr € 10, pro verlorenem Spiel  
€ 0,50

### „Es träumte mir von einer Sommernacht“ (Heinrich Heine-Abend)

Samstag, 14. Dezember - 20 Uhr.  
Eintritt: € 10,-/€ 8,-  
VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel

### Spieleabend

Dienstag, 17. Dezember - 20 Uhr. Eintritt frei

### Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 19. Dezember - 20 Uhr.  
Eintritt frei

### Heiligabendparty

Dienstag, 24. Dezember - ab 22 Uhr.  
Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

De Rest  
iss ferr  
die Goddloose